

# Vorschlag: Lösungsbeitrag zur Gaskrise durch Motivation privater Haushalte zur Gas-Einsparung

---

## e-mail-Verteiler:

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz der Bundesrepublik Deutschland  
Prof. Dr. René Repasi MdEP  
Ricarda Lang, MdB im Wahlkreis 269 Backnang - Schwäbisch Gmünd  
Gernot Gruber, MdL im Wahlkreis 17 Backnang  
Bundesnetzagentur

## nachrichtlich:

Frontal (ZDF)  
Monitor (WDR)  
panorama (ndr)  
n-tv

weitere Medienredaktionen (geplant) sowie private Kontakte mit der Bitte um Weitergabe

Webseite: <http://dagibts.info/Gaskrise/vorschlag.html>

- **Vorgeschichte und Motivation**
- **Ziel der Maßnahmen für Privathaushalte**
- **Randbedingungen, die der Lösungsansatz berücksichtigt**
- **Praxistauglicher Lösungsvorschlag  
zum Reduktion des Gasverbrauchs in Privathaushalten im Detail**
  - **Grundkonzept**
  - **Notwendige Ausnahmeregelungen wg. Sozialverträglichkeit**
  - **Umsetzungsmaßnahmen**

## **Vorgeschichte und Motivation**

Der Vorschlag ist ein Versuch, etwas System in die m.E. ziemlich planlose Diskussion zu bringen. Insbesondere befürchte ich, dass – wie so oft – ausschließlich auf den guten Willen der Bevölkerung gesetzt wird mit der absehbaren Folge, dass eine Mehrheit der Bevölkerung die Maßnahmen zur Gaseinsparung unterstützt; aber ebenso ist absehbar, dass sich ein erheblicher Teil nicht solidarisch verhält und sich die gutwillige Mehrheit daher einmal mehr für dumm verkauft betrachtet und damit weiteres Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik verloren geht.

Nach dem Zusammenbruch der kommunistisch regierten Sowjetunion machte man eine Ostpolitik nach dem Motto „Wandel durch Handel“. Ich glaube zwar, dass dieser Ansatz zur damaligen Zeit richtig war. Er war bei Politik und Industrie auch deshalb sehr beliebt, weil damit eine billige Energiequelle in Form von Erdgas, aber auch von Kohle und Öl erschlossen war. Dadurch konnte man die notwendigen Umstellungen auf erneuerbare Energie in unserer Volkswirtschaft bequem auf die lange Bank schieben.

Letzteres war auch der Grund, dass die Politik die Augen vor den Veränderungen verschloss, die sich in den nächsten Jahrzehnten abzeichneten. Spätestens seit der Annexion der Krim durch Putins Russland war diese Haltung nicht mehr nur als opportunistisch sondern nur noch als total blöde zu bezeichnen. Die über drei Jahrzehnte entstandenen Abhängigkeiten rächen sich nun bitter. Von den Parteien in der jetzigen Regierung haben die Grünen zu der Misere am allerwenigsten beigetragen, müssen nun aber die politische Hauptlast der Problemlösung tragen.

## Ziel der Maßnahmen für Privathaushalte

Ziel muss sein, dass bei den Privathaushalten nicht nur die Einsichtigen ihren Sparbeitrag freiwillig leisten sondern dass auch die uneinsichtigen Querköpfe motiviert werden, Gas einzusparen. Ziel muss es weiterhin sein, dass die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten nicht in einer für sie finanziell unzumutbaren Weise belastet werden.

Neben der Erschließung neuer Bezugsquellen muss insbesondere beim Gas ab sofort zur Auffüllung der Speicher gespart werden. Diese Sparmaßnahmen müssen im Winter aller Voraussicht nach weiter verschärft werden. Viele der Ideen, die im Umlauf sind, sind praxisfremd, unsozial oder schlicht technisch nicht realisierbar.

Ziel der Maßnahmen muss u.a. eine deutliche Einsparung bei den Privathaushalten. Die Großabnehmer in der Industrie werden mit einer Reduktion oder Abschaltung der Gasversorgung sicher Probleme haben, die aber mit dem technischen Know-how und der Wirtschaftskraft der Industrie zumindest abgemildert werden können. Die Reduktion des Verbrauchs bei den Privathaushalten lässt sich nicht so einfach durchsetzen.

## Randbedingungen, die der Lösungsansatz berücksichtigt

Der nachstehende Vorschlag berücksichtigt folgende Randbedingungen:

- Die Abschaltung des Gasnetzes für private Verbraucher ist technisch nicht machbar; auch nicht in Abschnitten oder zeitweise.
- Die permanente Kontrolle des Gasverbrauchs in Privathaushalten ist weder machbar noch erwünscht.
- Eine Verbrauchsreduktion ausschließlich über eine massive Preiserhöhung ist unsozial. – Die Gaspreise werden sich ohnehin durch Marktmechanismen und Mangel in unerträglicher Weise erhöhen.
- Jedes Konzept, das zur Einsparung motiviert, muss mit möglichst geringem Änderungsaufwand in der Abrechnung realisierbar sein.
- Die unvermeidbaren Komforteinbußen müssen auf alle Bevölkerungsschichten tragbar und erkennbar gerecht verteilt werden.
- Es muss die Möglichkeit geben, Kosten für einen höheren Verbrauch (z.B. Krankheit eines Haushaltsmitgliedes) in begründeten Härtefällen durch Zuschüsse der Sozialämter zumindest teilweise abzumildern.
- Nicht zuletzt gilt auch in diesem Fall, was wir aus vielen Beispielen wissen: Der Versuch, eine absolute Gerechtigkeit herzustellen, führt zu ungeheuren Komplikationen, aber nicht zum Erfolg. Man muss sich mit Lösungen begnügen, die ein Optimum aus Machbarkeit, minimaler Komplikation und Gerechtigkeit bilden.

## Praxisorientierter Lösungsvorschlag zur Reduktion des Gasverbrauchs in Privathaushalten im Detail

### Grundkonzept

Entsprechend den Zielvorgaben und Randbedingungen basiert das Konzept auf eine gestuften Preisbildung, die einen zumutbaren Sparbeitrag „belohnt“ und die Verweigerung eines solchen Beitrags oder gar eine Verschwendung von Gas „bestraft“. Dies erfolgt im Regelfall dadurch, dass der Bezug einer Gasmenge die z.B. 85 % der Vorjahresbezüge entspricht, einen relativ günstigen Preis hat. Wird dieser Wert überschritten, erhöht sich der Gaspreis drastisch. Bei einem „verschwenderisch“ hohen Verbrauch kann der Preis stufenweise nach vorher festzulegenden Regeln noch weiter steigen. (s. u. Ausnahmeregelungen). Damit ist sichergestellt, dass die zu Einsparungen bereiten Gasbezieher nicht über das notwendige Maß hinaus belastet werden, während die nicht kooperativen Gasbezieher dies deutlich an ihrer Gasrechnung spüren werden. Mehreinnahmen dürfen nur zu Quersubvention der kooperativen Verbraucher genutzt werden.

## Notwendige Ausnahmeregelungen wg. Sozialverträglichkeit

Aus praktischen Gründen, nicht zuletzt aber aus sozialen Gründen müssen einige Sonderfälle beachtet werden:

- Fall 1: Insbesondere bei neuen Gasbeziehern (Umzug, Neubau usw.) liegen keine belastbaren Zahlen für den Verbrauch in den Vorjahren vor. Hier muss für die Festlegung der Preisgrenze auf die Personenzahl im Haushalt zurückgegriffen werden. Dazu muss der Verbraucher eine rechtlich bindende Erklärung abgeben.
- Fall 2: Es muss die Möglichkeit geben, Kosten für einen begründeten höheren Verbrauch (z.B. Krankheit eines Haushaltsmitgliedes) durch Zuschüsse des Sozialamts zumindest teilweise abzumildern.
- Fall 3: Ein Gasbezieher hatte in den vergangenen Jahren einen weit überdurchschnittlichen Verbrauch. In solchen Fällen könnte die Einsparungsgrenze nicht nur aus dem Vorjahresverbrauch ermittelt werden, sondern durch eine Anpassung an den statistischen Verbrauch vergleichbarer Haushalte. Zur Vermeidung von Härtefällen sollte diese Einsparungsgrenze im Bereich zwischen tatsächlichem Verbrauch und statistischen Durchschnittswert liegen. Die Fallkonstellation ist relativ kompliziert. Zur raschen Umsetzung wäre auch die einfache Anwendung der „85%-Regel“ schon wirksam.

## Umsetzungsmaßnahmen

Wie bereits oben erwähnt widersprechen sich eigentlich die Ziele „Gerechtigkeit“ und „Einfachheit“ in vielen Fällen; so auch hier. Eine ausschließlich durch massive Preiserhöhungen erzwungene Einsparung widerspricht den Prinzipien einer sozialen und demokratischen Gesellschaft. Die nachstehenden Vorschläge sind daher Kompromisse. Sie können ohne Schaden für das Gesamtkonzept durch bessere Kompromisse ersetzt werden, solange diese den Bedingungen der Einfachheit und einer zumindest ansatzweise erkennbaren Gerechtigkeit genügen. Eine zu große Kompliziertheit verhindert eine erfolgreiche Umsetzung. Wenn man sich die Geschichte der Bundesrepublik daraufhin anschaut, so finden sich etliche Beispiele hierfür.

- Wichtigster Schritt ist eine Umstellung der Tarifstruktur entsprechend den oben genannten Vorschlägen. (z. B. Prozentuale Höhe der Einsparungsgrenze berechnet aus dem Vorjahresverbrauch oder einem Verbrauch aus dem Durchschnittswert mehrerer Jahre) und die Schaffung einer Rechtsgrundlage hierfür.
- Rechtliche Festlegung der Detailregeln für die oben genannten Ausnahmefälle.
- Rechtlich bindende Regelungen für spürbare Sanktionen bei falschen Angaben, insbesondere in den oben genannten Ausnahmefällen.
- Bindende Regeln für die Versorgungsunternehmen wie eine „Quersubvention“ zwischen den Einnahmen von den „Einsparern“ und den „Verschwendern“ vorzunehmen ist.

### Autor:

Prof. (i.R.) Dipl.-Phys. Peter Schilling

Berner Straße 30  
D-71522 Backnang  
F 07191/84581  
Gaskrise@dagibts.info

© 2022 Peter Schilling - Der Text ist bei Angabe des Autors  
und der URL <http://dagibts.info/Gaskrise/vorschlag.html> frei verwendbar

Aktueller Bearbeitungsstand: 09.08.22